Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6325**
16. Wahlperiode 11. 09. 2007

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), Alexander Bonde, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Dr. Uschi Eid, Britta Haßelmann, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ISAF und OEF parlamentarisch gemeinsam behandeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Anti-Terroroperation Enduring Freedom (Operation Enduring Freedom – OEF) in Afghanistan und die UN-mandatierte International Security Assistance Force (ISAF) zur Unterstützung der afghanischen Regierung sind in den vergangenen Jahren räumlich und operativ immer enger zusammengerückt. Mit der im Herbst 2006 abgeschlossenen ISAF-Ausweitung auf ganz Afghanistan gibt es im gleichen Operationsgebiet zwei getrennt geführte Militärmissionen, deren Aufträge, Abstimmungsprozesse und (zivil-)militärisches Vorgehen sich teilweise fundamental unterscheiden.

Für Außenstehende ist nicht erkennbar, ob es sich bei einer Militäroperation um eine OEF- oder ISAF-Mission handelt. Das Nebeneinander zweier Militärmissionen im gleichen Einsatzraum hat wiederholt zu politischen und militärischen Abstimmungsproblemen und zu vermeidbaren Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt. So mussten ISAF-Truppen OEF-Truppen zur Hilfe eilen, wobei es auch zahlreiche Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung gab. OEF dient nicht dem Schutz von ISAF sondern gefährdet den Erfolg von ISAF.

Die OEF-Mission wird damit zu einer Belastung für den Gesamterfolg der internationalen Staatengemeinschaft in Afghanistan. Die Sinnhaftigkeit der Operation Enduring Freedom wird im Deutschen Bundestag, in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit seit geraumer Zeit fundamental in Frage gestellt. Der für ISAF zuständige Befehlshaber im NATO-Operationshauptquartier in Brunssum (NL), General Egon Ramms, sagte am 25. Juli 2007: „Es gibt Koordinierungsschwierigkeiten zwischen ISAF und OEF. Und wenn man die Tatsache nimmt, dass zur Unterstützung der afghanischen Regierung das ISAF-Mandat reicht von Kampf auf der einen Seite bis zu Wiederaufbau auf der anderen Seite, könnte man eigentlich auf das Mandat OEF verzichten. Vielleicht mit Blick auf die deutsche Adresse auch den Hinweis, man kann auch Spezialkräfte unter dem ISAF-Mandat einsetzen, wie es viele andere Länder tun. Der Vorteil wäre der, ISAF untersteht der NATO und damit hätten wir die volle Koordinierungsmöglichkeit.“ (http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/649921/).

Die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ kritisiert in ihrem Positionspapier „ISAF ausbauen – OEF beenden“ vom Juli 2007, dass es weder den NATO-

Partnern noch der deutschen Öffentlichkeit vermittelbar sei, dass die Bundeswehr im gleichen Land unter verschiedenen Mandaten mit divergierenden Zielen operiere, und in unterschiedliche Kommandostrukturen eingebunden sei. Sie kommt zu dem Ergebnis: „Daher sollten die Bundeswehr und auch die anderen beteiligten Akteure ihre Mitwirkung an der OEF-Mission in Afghanistan beenden und die frei gewordenen Kapazitäten an eine verstärkte, von der NATO geführte ISAF-Mission überführt werden.".

Entgegen ursprünglichen Überlegungen plant die Bundesregierung aus sachfremden Erwägungen heraus nicht mehr, das deutsche Engagement im Rahmen von ISAF und OEF zeitgleich im Deutschen Bundestag zu behandeln, sondern hinter den SPD-Parteitag zu verlagern. Die Fortsetzung oder Beendigung der Operation Enduring Freedom hat wichtige Auswirkungen auf die ISAF-Mission. Ohne eine Entscheidung über die Fortsetzung oder Beendigung des deutschen Engagements im Rahmen von OEF Afghanistan kann über eine Fortsetzung des deutschen militärischen Engagements im Rahmen von ISAF nicht mehr sachgerecht und verantwortlich debattiert und entschieden werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Frage einer Fortsetzung der deutschen Beteiligung an ISAF und der Operation Enduring Freedom in Afghanistan gemeinsam im Deutschen Bundestag zu behandeln und zeitgleich zur Abstimmung zu stellen.

Berlin, den 11. September 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333